

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ ZUR REGIERUNGSBILDUNG IM BUND

Weiter so? – Weiter so!

»Wenn wir wollen, dass alles bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, dass alles sich verändert.«

Tancredi zum Fürsten Salina, seinem Onkel, in: Giuseppe di Lampedusa, *Der Leopard*

Soziale Gerechtigkeit, sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen und Kettenarbeitsverträge, Zwei-Klassen-Medizin, gute bzw. auskömmliche Renten, gute Pflege und Gesundheitsversorgung, gute Bildung und Ausbildung, ausreichende Tagesbetreuung für Kinder... Das waren wichtige Themen im Wahlkampf zur Bundestagswahl im vergangenen Jahr. Ebenso Flüchtlinge, Asyl, Euro, Europäische Union.

Diese Themen betreffen vor allem die Ausgaben-Seite des Bundeshaushalts. Die Einnahmen-Seite spielte demgegenüber so gut wie keine Rolle – die gute Konjunkturlage und der (prognostizierte) Einnahmeüberschuss von etwa 46 Mrd. Euro für die Jahre 2018 bis 2021 in der Finanzplanung des Bundes verschonen gleichermaßen den Lohnabhängigen wie den Unternehmer vor Forderungen nach Steuererhöhungen.

Man sollte meinen, dass es unter diesen fast idealen Bedingungen schnell und problemlos zur Regierungsbildung hätte kommen können. Doch die Wirklichkeit sah anders aus. Der Versuch zur Bildung einer Koalition aus CDU, CSU und FDP scheiterte, weil die FDP sich zurückzog aus Angst, in dieser Konstellation profillos zu bleiben und bei den nächsten Wahlen dafür abgestraft zu werden.

CDU und CSU setzten darauf hin die SPD unter Druck zu Sondierungsverhandlungen, wo doch deren damaliger Parteivorsitzender Martin Schulz wiederholt beteuert hatte, die SPD werde sich in die Opposition begeben und auf keinen Fall für eine Koalition mit der Union zur Verfügung stehen; er selbst werde in keinem Kabinett Merkel Minister sein. Bekanntlich kam es zur Sondierung und ein außerordentlicher SPD-Parteitag am 21.

Januar 2018 gab schließlich mit 56 Prozent Ja-Stimmen seine Zustimmung zu Koalitionsverhandlungen. Am Ende dieser Verhandlungen gab Martin Schulz bekannt, Außenminister unter Angela Merkel werden zu wollen und den Parteivorsitz an Andrea Nahles, die neue Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, abgetreten zu haben. Da nun auch der geschäftsführende Außenminister Sigmar Gabriel sich öffentlich gegen Schulz äußerte, gab Schulz den Verzicht auf den Ministerposten bekannt mit der Begründung: Er ziehe zurück, um den Mitgliederentscheid über den Koalitionsvertrag nicht mit dieser Personalentscheidung zu belasten. Schneller und brutaler

ist noch kein Hoffnungsträger der SPD durch eigenes Verschulden abgestürzt (Martin Schulz war ein knappes Jahr vorher mit einhundert Prozent Zustimmung zum Parteivor-sitzenden gewählt worden).

Aus der Koalitionsvereinbarung

Zu *Europa* gibt es allgemeine Absichtserklärungen. So sollen Rahmen geschaffen werden für Mindestlohnregelungen sowie für nationale Grundsicherungssysteme in den EU-Staaten. Steuerdumping soll unterbunden werden. Die Umwandlung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds wird angestrebt, allerdings ohne die Rechte der nationalen Parlamente zu beschneiden. Die ursprüngliche Bereitschaft zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt wurde auf Druck vor allem des Wirtschaftsflügels der Union mit der Einschränkung versehen: »Wir wollen einen Haushalt, der klar auf die Aufgaben der Zukunft mit europäischem Mehrwert ausgerichtet ist.«

Im Bereich *Bildung* will der Bund elf Milliarden Euro für den Ausbau von Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen bereitstellen. Damit der Bund die Kommunen direkt unterstützen darf, soll Artikel 104c des Grundgesetzes geändert werden. Bei der beruflichen Bildung und Weiterbildung sind ein sogenannter Berufsbildungspakt so-



Prost!

»Wir müssen die Kämpfe dieser Zeit annehmen.«

«...Ja, die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenkassen ist ein richtiger Schritt. Und? Was eigentlich noch? Wenn wir das Sondierungspapier lesen, sehen wir, dass in faktisch allen anderen Bereichen gravierende Leerstellen dominieren.

Sehen wir mal davon ab, dass die hochgejubelte Rückkehr zur Parität keine vollständige ist, da der Komplex der Zuzahlungen beispielsweise vollständig unberücksichtigt bleibt: Was genau lässt sich noch als Erfolg für die SPD verbuchen und als ‚Chance für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer‘?

Eines der wichtigsten Instrumente zum Stopp der Umverteilungsorgie von unten nach oben ist die Steuerpolitik. ALLE unsere diesbezüglichen gewerkschaftlichen Forderungen, von der Erhöhung des Spitzensteuersatzes bis zur Vermögenssteuer, sind derart unberücksichtigt, dass uns rätselhaft bleibt, woher der Optimismus rührt, dass zu diesem Themenkomplex in Koalitionsverhandlungen noch mal Bewegung zu erwarten wäre. Und das betrifft viele weitere Punkte: Sachgrundlose Befristungen bleiben legal. Die Eindämmung der Werkverträge, Verbote von OT-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden, Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen – kein Wort dazu im Sondierungspapier. Die Beendigung der Repression durch Hartz IV, geeignete Maßnahmen zum effektiven Abbau der Langzeiterwerbslosigkeit, die leichtere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – nichts dazu. Eine signifikante Erhöhung des Mindestlohnes einschließlich des Abschaffens

wie eine Mindestausbildungsvergütung vorgesehen, ferner Aus- und Weiterbildungsprogramme in den Pflegeberufen.

Deutschland soll »Weltspitze im Bereich der digitalen Infrastruktur« werden – also flächendeckendes Gigabit-Netz mit Glasfasertechnik bis 2025.

Bei den Steuern soll der Solidaritätszuschlag im Jahr 2021 für 90 Prozent aller Steuerzahler abgebaut werden. Die Abgeltungssteuer auf Zinserträge in Höhe von 25 Prozent wird abgeschafft; stattdessen greift wieder der persönliche Steuersatz. Für Dividenden und Veräußerungsgewinne bleibt aber die Abgeltungssteuer erhalten – dies begünstigt Vermögende, da Kleinsparer in Deutschland ihr Geld in der Regel nicht in Aktien anlegen.

Das Niveau der gesetzlichen Rente soll zunächst bis 2025 auf mindestens 48 Prozent festgeschrieben, der Beitragssatz bis 2025 auf 20 Prozent des Bruttolohns begrenzt werden. Dies begünstigt Unternehmer ebenso wie Lohnempfänger. Eine Kommission soll bis 2020 ein längerfristig tragfähiges Rentenkonzept erarbeiten. Auf Wunsch der CSU soll ein Ausbau der Mütterrente erfolgen – Müttern mit vor 1992 geborenen Kindern soll ein weiterer Rentenpunkt gutgeschrieben werden, falls sie insgesamt mindestens drei Kinder erzogen haben. Geringverdiener mit mindestens 35 Jahren Beitragspflicht sollen eine Grundrente mit Zuschlägen zur Sozialhilfe erhalten.

Im Arbeitsrecht soll die sogenannte sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen eingeschränkt werden. Sachgründe für eine Befristung sind z. B. die Vertretung eines erkrankten oder beurlaubten Beschäftigten, die Jährlichkeit der öffentlichen Haushalte. Befristungen mit gesetzlich anerkanntem Sachgrund dürfen bis zu fünf Jahren vorgenommen werden – das betrifft insbesondere die sogenannten Kettenarbeitsverträge. Die sachgrundlose Befristung wird also nicht abgeschafft, sondern nur eingeschränkt; die Fähigkeit der Unternehmer, gesetzlich zuläs-

der bisherigen Ausnahmen, die Ausweitung der Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Angelegenheiten, die deutliche Weiterentwicklung des Entgelttransparenzgesetzes – alles das und noch einiges mehr, was für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine spürbare Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen bedeuten würde – Fehlzanzeige im Sondierungspapier. Und wir vermuten: ebenso Fehlzanzeige in einem Koalitionsvertrag...

Wir alle sind mit klaren Forderungen zur Zukunft der Rentenversicherung angetreten. Weder die Mindestrente mit signifikantem Abstand zur Grundsicherung, noch die Forderung nach breiterer Basis der Einzahlenden finden sich in dem Sondierungspapier. Das zukünftige Rentenniveau soll unterhalb unserer Forderung und nur bis zum Jahr 2025 abgesichert sein. Bezahlbarer Wohnraum für alle, die Bürgerversicherung, die Stärkung der Pflegeberufe über die Stärkung der Ausbildung und die Einführung eines Pflegemindestlohns – dazu findet sich nichts oder nur in schwachen Dosierungen im Sondierungspapier von CDU, CSU und SPD...

Unsere Aufgabe ist zu sein, wer wir sind. Wir haben uns, egal gegenüber welcher Regierung, für unsere Interessen einzusetzen, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Wir müssen die Kämpfe dieser Zeit annehmen und Solidarität, unsere einzige politische Option, organisieren...«

Aus dem Offenen Brief der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) Bayern vom 17. 01. 2018 an den DGB-Bundesvorsitzenden Reiner Hoffmann

sige Sachgründe zu finden, wird damit herausgefordert. Wo dies nicht möglich ist, bleibt den Unternehmern die Möglichkeit zur Einstellung von Leiharbeitern, was allerdings teurer sein kann.

INHALT · Heft Nr. 1 · April 2018 · Jg. 59

Zur Regierungsbildung im Bund	
Weiter so? – Weiter so!	1
Klassenkampf von oben und die Krise der SPD	5
Dokumentiert: Rot-Grün 1999 · Sie dachten, sie wären an der Macht, aber sie sind nur an der Regierung...	7
Die GroKo: Marsch in die weitere Militarisierung	8
Neues Bündnis für Mindestrente	9
Frankreich ein Jahr unter Macrons Präsidentschaft	11
In einer Phase weltweiter Umbrüche endete die UdSSR in der Stagnation	
Die Sowjetunion in der Breschnew-Zeit	16
Was bleibt?	23

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05
Zuschriften an: GFSA e.V. • Postfach 106426 • 20043 Hamburg
e-mail: arpo.berlin@gmx.de • Internet: www.arbeiterpolitik.de

Beim Thema *Gesundheit* ist eines klar: Eine Bürgerversicherung, also eine einheitliche gesetzliche Krankenversicherung für alle, wird nicht kommen. Im übrigen bleibt es bei allgemeinen Formulierungen. So sollen »angemessene Löhne und gute Arbeitsbedingungen in der Altenpflege« erreicht werden, ohne dass klar ist, wer das bezahlen wird. Ebenso unklar ist, ob die geforderten 8 000 neuen Stellen für die Behandlungspflege in Altenheimen tatsächlich besetzt werden können. Für die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung gilt wieder die Parität, d. h. die Unternehmer müssen wieder die Hälfte der Versicherungsbeiträge zahlen. Die Zuzahlung für die Medikamente müssen allerdings die Versicherten weiterhin allein tragen.

Beim Thema *Migration*, genauer: Einwanderung, gibt es die von der CSU gewünschte Obergrenze in der Vereinbarung, wenn auch nicht das Wort. Die jährliche Zuwanderung werde insgesamt »die Spanne von 180 000 bis 220 000 nicht übersteigen«. Der Familiennachzug für Flüchtlinge mit nur subsidiärem Schutz soll auf maximal 1 000 Personen pro Monat gedeckelt werden. Die Asylverfahren sollen zukünftig in sogenannten Ankerzentren durchgeführt

werden, in denen Asylbewerber bis zu anderthalb Jahren bis zum Abschluss ihres Verfahrens bleiben müssen.

Die Koalitionäre versprechen 1,5 Millionen neue *Wohnungen* für die Legislaturperiode. Aktuell entstehen jährlich etwa 300 000 neue Wohnungen. Ein sogenanntes Baukindergeld (1 200 Euro pro Kind und Jahr über zehn Jahre) soll Eltern unterstützen, die eine Immobilie kaufen wollen. Die weitestgehend wirkungslose Mietpreisbremse soll bis Ende 2018 »auf Geeignetheit und Wirksamkeit« überprüft werden. Vermieter dürfen Modernisierungskosten zukünftig nicht mehr mit elf, sondern nur noch mit acht Prozent auf die Miete umlegen dürfen. In bestimmten Fällen sollen Mieter Auskunft über die Höhe der Vormiete erhalten – was ihnen in den Ballungsräumen nicht viel helfen wird. Der der SPD nahe stehende Deutsche Mieterbund begrüßt »das Bekenntnis der möglichen Koalitionspartner zum sozialen Wohnungsbau« und »spürbare mietrechtliche Verbesserungen... Dabei werden unsere Forderungen aber nur teilweise aufgegriffen und erfüllt. Wir hätten uns mehr erhofft«, erklärt dessen Präsident Franz-Georg Rips in einer Pressemitteilung.



Die Parteien

Die Jungsozialisten in der SPD, die Landesverbände der CDU – aus allen schallt der Ruf nach »Erneuerung«. Was genau das sein soll, bleibt unklar. Die Jusos fordern eine Erneuerung der SPD in der Opposition – in der »Elefantenrunde« nach der Bundestagswahl war dies auch die Ankündigung von Martin Schulz gewesen.

Da war die Ansage nach der Landtagswahl 2008 in Hessen durchaus klarer, als die SPD unter ihrer Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti eine Minderheitsregierung mit den Grünen unter Tolerierung durch die Linkspartei plante, »um mit dem neoliberalen Pfad der deutschen Sozialdemokratie zu brechen«. Eine direkte Koalition mit der Linken hatte sie vor der Wahl ausgeschlossen, da diese sich in der SPD nicht hätte durchsetzen lassen, obwohl aus ihrer Sicht beide, SPD und Linke, »letztlich sozialdemokratische Parteien« seien. Der Plan scheiterte, weil ihr vier SPD-Landtagsabgeordnete die Zustimmung verweigerten, und Ypsilanti musste abtreten.

Demgegenüber blieb und bleibt der Juso-Bundesvorsitzende Kevin Kühnert bewusst vage. In seiner Rede auf dem Bundesparteitag im Januar warf er der Parteispitze und besonders den Sondierern vor, sich von vornherein auf die Wünsche und Vorstellungen der Unionsparteien orientiert, sich selbst klein gemacht zu haben. Eine eigenständige Handschrift der Sozialdemokraten habe gefehlt.

Aber es stimmt nicht, dass die sozialdemokratische Führung vor der Merkel-CDU in die Knie gegangen ist. Die Ursachen für den Gleichklang der Parteiführungen liegen viel tiefer: In der Person des »Genossen der Bosse«, Gerhard Schröder, traten sie am besten zutage. Alle künftigen Ko-

alitionspartner orientieren sich an den Interessen der tatsächlich herrschenden Klassen, den Eigentümer-Familien der großen Unternehmen und Banken, die im Kommunistischen Manifest von Marx und Engels als Bourgeoisie bezeichnet werden. Zu deren Zeit und noch viele Jahrzehnte später formten sie selbst die politischen Parteien, mit denen sie ihre Interessen gegen die feudalen Überreste ihrer Zeit verteidigten, sie selbst stellten die wichtigen Minister und Regierungschefs. Viele Jahre später erst bildeten sich politische Parteien, in denen das Proletariat, die Lohnabhängigen, ihre gesellschaftlichen Interessen formulierten und durchzusetzen versuchten.

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland verschwanden die Klassenparteien, die noch die Weimarer Republik politisch geprägt hatten. Nach Kriegsende lebten sie in Deutschland nicht mehr auf – zu diskreditiert war die deutsche Bourgeoisie, die im »Tausendjährigen Reich« mit den Nazis liiert war. Die KPD wurde im beginnenden Kalten Krieg zwischen den Blöcken 1956 verboten; erst 1968 mit der Neuen Ostpolitik unter dem SPD-Kanzler Willi Brandt wurde ihre Nachfolgepartei, die DKP, wieder zugelassen. Die sogenannten Volksparteien gaben dem deutschen Parlamentarismus nun sein Gesicht. Von den maßgeblichen, im Bundestag und den Landtagen vertretenen Parteien hatte lediglich die FDP, die spezifisch für die Interessen der Kleinunternehmer und die sogenannten freien Berufe stand, ein klares soziales Profil.

Die proletarischen Wählerinnen und Wähler dürfen alle vier oder fünf Jahre zu den kommunalen, Landes- oder Bundestagswahlen ihre Stimmen abgeben. Die wirt-